

P R O T O K O L L
der 455. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 16. September 2025
Zeit	19.30–21.35 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Gashi Hilmi
Mitglieder	Althaus Stämpfli Annette, Anliker Sophia, Arnold Luc (ab 21.20 Uhr), Balmer Thomas, Beck Hanna, Bless Adrian, Buff Ronald, Eggli Caterina, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter K. Urs, Held Lorenz, Kaczala Gregor, Kearns Francine, Koelbing Martin, Legler Bettina, Legler Vanessa, Liechti Erika, Mäder Renate, Messerli Patricia, Müller Kearns Alan, Perler Sandra, Racine Raphaël, Reich Julien, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Soder Rolf, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo
Stimmenzählende	Matter Andreas, Zurlinden Noémie
Vertreter des Gemeinderats	Köbeli Jan, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Bircher Laura, Häuselmann Bernhard, Klopfstein Carole, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Yves Gaudens, Leiter Umwelt und Verkehr, Nadia Rindlisbacher, Leiterin HR (Trakt. 9)
Entschuldigt abwesend GGR:	Engel Carmen, Lauper Reto, Lucas Christoph, Sager Manuel, Schnyder Kathrin, Siebenrock-Häberli Charlotte
	GR: Grubwinkler Christa
Protokoll	Schweizer Corinne

Geschäfte 18

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 19. August 2025	190
2.	Reglement über die ständigen Kommissionen (Kommissionsreglement)	190
3.	Schulkommission; Ersatzwahl	192
4.	Schulanlage Dorf; Sanierung Sport- und Spielplatz; Abrechnung Verpflichtungskredit	192
5.	Motion Racine (SP), Grossenbacher (Grüne): Steigende Mieten sind kein Naturgesetz, Einführung einer Mietzinskontrolle	193
6.	Motion Perler (Grüne), Grossen (forum), Zaccaria (SP), Schenk (FDP), Siebenrock (SVP): No-Littering-Label	198
7.	Motion Reich (FDP/JF-Fraktion): Transparentes Beschaffungswesen in Muri bei Bern	199
8.	Postulat Soder (FDP/JF-Fraktion): Einführung eines Diebstahl-/Verlustmeldesystems an den Schulen von Muri bei Bern (Integration in das bestehende Klapp-Informationssystem)	200
9.	Motion Anliker (forum): Anpassung Personalreglement Artikel 12 Ziffer 1	202
10.	Motion Balmer (FDP), Müller Kearns (FDP): Strategie für die Nutzung von erneuerbaren Energien	204
11.	Motion Balmer (FDP), Müller Kearns (FDP): Photovoltaik-Strategie	206
12.	Interpellation Lauper (parteilos): Aktueller Stand zum geplanten Standplatz für Schweizer Fahrende auf Gemeindegebiet	208
13.	Interpellation Lauper (parteilos): Verwendung der Spezialfinanzierung «Mehrwerte» zur Förderung lokal verankerter Projekte	209
14.	Interpellation Fankhauser (SP), Grossen (forum): «Solarstrom teilen ist attraktiv» – Zeitplan seitens BKW für die Installation der smart-Stromzähler sowie Unterstützung bei LEG	209
15.	Interpellation forum: Transparenz bei der Steueranlage: Entscheidungsgrundlagen des Gemeinderats	210
16.	Interpellation Müller Kearns (FDP): Zentrumsentwicklung Gümligen / Lischenmoos: Vom visionären Masterplan zum Flickenteppich?	210
17.	Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen	211
18.	Neue parlamentarische Vorstösse	213

Der Vorsitzende: Ich begrüße Euch herzlich zur 455. Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR) von Muri-Gümligen. Als Stimmzählerin vertritt Noémie Zurlinden die abwesende Kathrin Schnyder. Falls keine Stimmen dagegen sind und keine Abstimmung verlangt wird, verfahren wir so. Gibt es Bemerkungen dazu oder wünscht jemand eine Abstimmung darüber? Wenn nicht, herzlichen Dank, Noémie, dass Du bereit bist, heute die Stimmen zu zählen. Es sind aktuell 33 Ratsmitglieder anwesend, wir sind somit beschlussfähig. Unsere Gäste sind heute Martin Leuenberger, Leiter Hochbau und Planung, sowie Nadia Rindlisbacher, Leiterin HR. Ich begrüße als Nachfolgerin von Emanuel Zloczower herzlich Annette Althaus Stämpfli in unseren Reihen. Willkommen, Annette, ich wünsche Dir viel Erfolg und viel Spass in diesem Amt. Wir haben heute einen weiteren Gast, und bevor wir zur Abnahme der Traktandenliste sowie der Beratung der Geschäfte kommen, gebe ich dazu Gemeindepräsident Jan Köbeli das Wort.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Ich möchte Euch kurz Yves Gaudens vorstellen. Ihr seht richtig, es ist nicht Martin Leuenberger, der dort sitzt. Es ist Yves Gaudens, neuer Leiter Umwelt und Verkehr. Er hat am 1. September begonnen und ist Nachfolger von Toni Eder respektive Thomas Marti und hat die Leitung nun übernommen. Alain Portmann hat sich uns bei seinem Stellenantritt kurz vorgestellt. Ich möchte Yves ebenfalls die Gelegenheit bieten, zwei, drei Worte zu sich zu sagen. Merci.

Yves Gaudens: Das mache ich doch gerne. Ein paar von Euch habe ich schon gesehen. – Guten Abend. Wie Ihr gehört habt, ist mein Name Yves Gaudens. Wohnhaft bin ich in Bellmund, zusammen mit meiner Lebenspartnerin. Beruflich bringe ich schon etwas Erfahrung mit. Ich war in den letzten zwei Jahren in der Stadt Solothurn als Leiter des Stadtbauamts tätig. Davor war ich schon in der Nähe: Ich konnte sieben Jahre als Abteilungsleiter Tiefbau und Betriebe der Gemeinde Ostermundigen wirken. Dabei gab es natürlich gemeindeüberschneidende Projekte, das heisst, ich kenne die Projekte teilweise ein wenig. Ich bringe ein bisschen etwas mit und hoffe, mein Wirken und meine Facherfahrung in der Gemeinde einbringen zu können. Merci vielmals.

Der Vorsitzende: Merci, Yves Gaudens. Gutes Wirken in unserer Gemeinde.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 19. August 2025

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

2. Reglement über die ständigen Kommissionen (Kommissionsreglement)

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Annette Scherrer (GPK): Die GPK kommt zum Schluss, dass dieses Geschäft gut und richtig vorbereitet ist. Die vorgeschlagene Übergangslösung ist nachvollziehbar. Bei der Beratung respektive Vorberatung mit dem Gemeinderat (GR) hat die GPK

angeregt, dass das Parlament heute darüber informiert wird, wann ihm ungefähr das definitive Kommissionsreglement zur Genehmigung vorgelegt wird. Es wäre zu begrüssen, wenn diese Information heute Abend noch passieren würde. Sonst steht dem Geschäft aus Sicht der GPK nichts entgegen.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Ich muss zugeben, mir ist ein kleines Missgeschick passiert: Ich habe die Notizen für meine Voten nicht dabei. Sie finden sich weder in meinem Gerät, noch habe ich sie physisch auf einem Blatt Papier. Aber das macht nichts, ich mache es einfach wie Martin Koelbing und sage alles auswendig. – Gut, ich habe mir auf die Schnelle ein paar Notizen gemacht und lese von diesen ab.

Vor Euch liegt das neue alte Kommissionsreglement. Weshalb ist es immer noch das alte Kommissionsreglement, das wir Euch neu vorlegen müssen? Unsere Gemeindeordnung läuft Ende Jahr ab, am 1. Januar 2026 tritt die neue in Kraft. Die Kommissionen waren bisher im Anhang der alten Gemeindeordnung geregelt. Die neue Gemeindeordnung, die ab 1. Januar gültig sein wird, hat keinen Anhang mehr. Somit sind auch die Kommissionen nicht mehr geregelt, es braucht für sie ein separates Reglement. Der GR möchte die Kommissionen und das Kommissionsreglement allerdings sauber auf die Organisationsentwicklung abstimmen, an der wir im Moment arbeiten. Diese wollen wir zuerst durchführen, und wenn wir wissen, wie die Kommissionen am besten auf die neue Organisation abgestimmt sind, schreiben wir ein neues Kommissionsreglement und legen es Euch zur Debatte und Genehmigung vor. Das ist mit Ueli Friederich so abgestimmt. Er hat es doppelt und dreifach geprüft respektive fast alles auch selbst geschrieben. Das heisst, wir sorgen dafür, dass der Anhang der alten Gemeindeordnung, der die Kommissionen betrifft, in Kraft bleibt, sodass wir eine rechtliche Grundlage für die Kommissionsarbeit haben.

Zum Thema Organisationsentwicklung: Man muss es in zwei Teile gliedern, ein Teil liegt in der Kompetenz des GR, ein anderer in der Kompetenz des GGR oder des Volkes. Wir versuchen, den Teil, der in der Kompetenz des GR liegt, möglichst rasch, das heisst, bis Ende nächstes Jahr, fertig zu haben. Was in Eurer Kompetenz oder der des Volks liegt, versuchen wir allerspätestens bis Ende Legislatur fertig zu haben. Das heisst, das Kommissionsreglement würde allerspätestens dann vorgelegt. Wir versuchen, schneller zu sein, aber wie Ihr wisst, läuft im Moment unglaublich viel. Wir bleiben dran und versuchen es: Die Teile, die wir selbst ändern können, bis Ende nächstes Jahr; die Teile, die in anderer Kompetenz liegen, spätestens bis Ende Legislatur. Das ist auf Wunsch der GPK in etwa der Fahrplan, den der GR vorsieht. Ich bitte Euch, diesem Geschäft zuzustimmen. Merci vielmals.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend artikelweise Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Art. 1 Gegenstand
Keine Bemerkungen

Art. 2 Kommissionen
Keine Bemerkungen

Art. 3 Vorgaben
Keine Bemerkungen

Art. 4 Inkrafttreten
Keine Bemerkungen

Keine Wortmeldungen. Annette Scherrer (GPK) und Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
Das Reglement über die ständigen Kommissionen (Kommissionsreglement) wird genehmigt.

3. Schulkommission; Ersatzwahl

Die FDP.Die Liberalen schlagen anstelle des per Ende September 2025 zurücktretenden Heinz Kneubühl für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2028, als Mitglied der Schulkommission vor:

Schenk Johanna, Rechtsanwältin MLaw, Schulhausstrasse 5, 3073 Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss
Als Mitglied der Schulkommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2028, einstimmig (bzw. mit 1 Enthaltung) gewählt:

Johanna Schenk, 3073 Gümligen, FDP.Die Liberalen

Johanna Schenk (FDP) nimmt die Wahl an.

4. Schulanlage Dorf; Sanierung Sport- und Spielplatz; Abrechnung Verpflichtungskredit

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Martin Leuenberger, Leiter Hochbau und Planung, anwesend – Entschuldigung, nein, er ist ja gar nicht hier.

Martin Koelbing (GPK): Die GPK hat die vorliegende Abrechnung geprüft. Sie dankt dem Team von Carole Klopstein und Martin Leuenberger herzlich für die sorgfältige und engagierte Arbeit. Sie kam zum Schluss, dass alles transparent und umfassend vorliegt und empfiehlt Euch, auf dieses Geschäft einzutreten.

Carole Klopstein (GR) verzichtet auf das Wort.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Johanna Schenk (FDP): Mir geht es wie Jan, deshalb spreche ich nur sehr kurz. Die FDP/JF-Fraktion dankt dem GR für die Aufbereitung der Abrechnung zur Sanierung

des Sport- und Spielplatzes beim Schulhaus Dorf. Das Projekt wurde erfolgreich umgesetzt und bietet einen echten Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler. Wenn man vorbeigeht, sieht man, dass es auch von den restlichen Kindern im Quartier sehr gerne und rege benutzt wird. Ich kann es natürlich nicht lassen darauf hinzuweisen: Wir haben erfreut gesehen, dass das Projekt im Rahmen der Kosten des projektierten Kredits blieb und man es sogar noch etwas günstiger abschliessen konnte. Merci vielmals.

Keine weiteren Wortmeldungen. Martin Koelbing (GPK) und Carole Klopstein (GR) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Kreditabrechnung für das Projekt Schulanlage Dorf, Sanierung Sport- und Spielplatz, wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 377'000.00 schliesst die Rechnung mit Kosten von CHF 347'027.55 ab, also einer Kreditunterschreitung von CHF 29'972.45.

5. Motion Racine (SP), Grossenbacher (Grüne): Steigende Mieten sind kein Naturgesetz, Einführung einer Mietzinskontrolle

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Der GR anerkennt die Forderung der Motionäre. Die Mieten sind hoch, das ist so. Aber die Mieten sind in allen städtischen Gebieten hoch. Sie sind hoch in allen Agglomerationsgebieten. Der GR vertritt deshalb die Haltung, dass die Gemeinde die falsche Staatsebene ist, um das Problem der hohen Mieten lösen zu können. Es müsste auf nationaler Ebene gelöst werden oder mindestens auf kantonaler Ebene. Wird es nicht mindestens auf kantonaler Ebene gelöst, hat die Gemeinde Muri einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Gemeinden, weil wir dann eine Mietzinskontrolle hätten, und die anderen Gemeinden hätten das nicht.

Man muss auch das bisherige Engagement in der Gemeinde und von der Gemeinde sehen. Von der Gemeinde heisst: 40 Prozent unserer eigenen Mietwohnungen, die wir anbieten, werden in Kostenmiete abgegeben. Das Engagement in der Gemeinde zeigt auf, dass wir zwei Wohnbaugenossenschaften hier bei uns haben, die sehr viele Wohnungen günstig abgeben. Ebenfalls ein Engagement der Gemeinde ist, dass wir im Moment verschiedene Projekte in Planung haben. Wir haben das Fünf-Egg, wir haben das Lischenmoos, wir haben die Siedlungsentwicklung nach innen, die wir in der Gemeinde vorantreiben. Das heisst, in den nächsten Jahren werden neue Wohnungen in allen Preissegmenten entstehen. Das könnte den Druck ein wenig aus dem Immobilienmarkt herausnehmen.

Weiter muss man sehen, dass wir die Mietzinskontrollen nicht mit den bestehenden Ressourcen abdecken könnten. Wir müssten sie extern geben, oder wir müssten eine neue Stelle schaffen. Wir rechnen ungefähr mit einer 30- bis 40-Prozent-Stelle. Das kann uns also bei einer Vollkostenrechnung um die CHF 50'000 kosten. Der GR ist deshalb der Meinung, dass es fraglich ist, ob wir in Anbetracht der sehr hohen Investitionen und Ausgaben, die wir im Moment haben, diese CHF 50'000 investieren wollen oder ob wir das Geld nicht lieber in andere Projekte stecken. Von dem her bitte ich Euch, diese Motion abzulehnen. Danke.

Raphaël Racine (SP): Lieber Hilmi, lieber GR, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Mieterinnen und Mieter, die von missbräuchlichen Mieten betroffen sind: Ver-

trauen ist gut, Kontrolle ist besser. – Endlich kann ich im Muri-Gümliger Parlament einmal Lenin zitieren. Aber es passt eben zu dieser Vorlage. Falls es nun Personen im Rat gibt, die mit Kontrollen Mühe haben und deshalb eine Kontrolle von Mietzinsen entrüstet ablehnen, möchte ich ihnen kurz die Selbstverständlichkeit von Kontrollen in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in Erinnerung rufen. Wir hatten vorhin gerade eine stündige Infoveranstaltung. Unsere Gemeinde plant semi-mobile Radargeräte zur Kontrolle der Geschwindigkeit im Strassenverkehr. Dazu notwendig ist nicht eine 30- bis 40-Prozent-Stelle, von der Jan gerade gesprochen hat. Nein, es sind zwei Vollzeitstellen, die finanziert werden – über Bussen, aber trotzdem vom Staat auferlegt. Es gab eine Interpellation der FDP, unter anderem mit der Frage, ob die steuerlichen Wohnsitze der Steuerpflichtigen in Muri-Gümligen regelmässig kontrolliert werden – also auch hier. Zur SVP-Grenzschutz-Initiative. Ich habe mir Eure Website angeschaut, auf der steht: «Kontrollen an den Schweizer Landesgrenzen, um die illegale Migration zu stoppen.»

Ich könnte fortfahren – Billettkontrollen, Kontrollen von Sozialhilfebezügern, Lernkontrollen in den Schulen. In all diesen für Euch wichtigen Bereichen habt Ihr auch kein Vertrauen. Es ist eine Frage des Menschenbildes, ob man einfach naiv Vertrauen haben kann oder nicht. Weshalb habt Ihr gerade bei den Mieten so ein absolutes Vertrauen gegenüber Immobilienunternehmungen?

Noch ein Wort zu den hohen Mieten. Was ist der Mehrwert einer solchen Mietzinskontrolle? Der Mehrwert ist die korrekt nach Gesetz eingehaltenen Mieten. Das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien, Bass, hat in einer Studie, die der Mieterverband in Auftrag gegeben hat, ausgerechnet, dass die Mieter für die Jahre 2006 bis 2021 insgesamt CHF 28 Mrd. zu viel an Mieten bezahlt haben. Für jede Wohnung heisst das umgerechnet CHF 200 monatlich zu viel. Weshalb ist das so? Es liegt einerseits daran, dass wir Mieter zu brav sind, viel zu brav. Wenn der Referenzzinssatz sinkt, fordern wir in der Regel nichts ein. Oder wenn eine missbräuchliche Miete vorliegt, wollen es sich viele Mieter nicht mit dem Vermieter verderben und fechten auch offensichtlich missbräuchliche Mieten gar nicht erst an. Ich erinnere mich noch an die erste Wohnung, die ich gemietet habe. Ich war ein Vollpfosten in solchen Dingen. Viele Mieterinnen und Mieter haben zu wenig Informationen, zu wenig Wissen. Was ist eigentlich eine missbräuchliche Miete? Wer hier im Rat weiss es? Welche Fristen gelten, um gegen eine missbräuchliche Miete anzukämpfen? Wer hier im Rat weiss es? Manchmal hat man auch die Ressourcen nicht für einen Rechtsstreit. Was auch gemein ist, wenn man von Administration spricht: Die ganze Verantwortung und Arbeit, die man wegen einer missbräuchlichen Miete hat, die Administration liegt heute auf den Schultern von uns Mieterinnen und Mietern.

Das perfide am Ganzen ist – wir hatten es auch gerade beim Ressourcenvertrag –, dass ein Raser, der 40 km/h zu schnell fährt, mit einer Busse und schlimmstenfalls mit dem Entzug des Führerscheins rechnen muss. Wisst Ihr, was die Konsequenz für einen Vermieter ist, der eine offensichtlich missbräuchliche Miete verlangt? – Nichts. Das ist, wie wenn einem ein Dieb das Portemonnaie stiehlt und man ihm sagt: «Du hast das Portemonnaie gestohlen!», und er sagt: «Sorry, ich gebe es dir zurück.»

Noch zur Antwort des GR: Die Antwort beginnt mit einem Missverständnis. Der GR argumentiert, Mietzinskontrollen würden zu stark in die Eigentumsgarantie eingreifen. Nein, das tun sie nicht. Man kontrolliert damit lediglich, ob eine gemäss Gesetz missbräuchliche Miete vorliegt oder nicht. Ins Eigentum greifen wir nicht ein. In der Botschaft des GR folgt ein langer Abschnitt über Wohnbaugenossenschaften. Ich wohne selbst in einer. Ich hätte fast gesagt, danke für die Information. Aber es zielt am Thema vorbei. Die Wohnbaugenossenschaften sind die «good guys». Die müsste man auch nicht kontrollieren. Aber der Anteil Mietwohnungen von Wohnbaugenossenschaften liegt im einstelligen Bereich. Ich würde sagen, etwa 95 Prozent aller Mietwohnungen sind eben nicht Genossenschaftswohnungen. Bisherige Vorstösse zum Mietzins hätten einen schweren Stand respektive seien nicht

mehrheitsfähig, sagt der GR weiter. Lieber GR, noch nicht mehrheitsfähig! Danke übrigens, dass Ihr auf knapp einer Seite unsere Initiative für bezahlbares Wohnen abgedruckt habt. Dieses Beispiel zeigt es doch gerade, wie kann es damals war. Wir konnten immerhin 48 Prozent der Bevölkerung überzeugen.

Der GR argumentiert ebenfalls mit dem Wettbewerbsnachteil, den Jan angefügt hat. Dieses Argument irritiert mich am meisten. Denn im Umkehrschluss folgere ich: Die Geschäftsstrategie des GR zielt tatsächlich darauf ab, dass die Immobilienunternehmen in unserer Gemeinde missbräuchliche Mieten verlangen sollen – sonst haben wir einen Wettbewerbsnachteil. Das heisst, eine Gemeinde, welche die korrekte Höhe von Mieten kontrolliert, hat einen Wettbewerbsnachteil. Dazu sage ich bloss: Ich nehme einen solchen Wettbewerbsnachteil gerne in Kauf, und das mit Stolz, wenn ich dafür in unserer Gemeinde korrekte Mieten habe.

Ich komme zum Schluss – für einige wahrscheinlich Gott sei Dank. Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, ich finde, das Thema Mieten sollte in unserer Gemeinde allerhöchste Priorität haben. Zur Abstimmung: Vielleicht wisst Ihr, dass in der Schweiz 60 Prozent Mieter sind, also gehe ich davon aus, dass es auch hier im Rat eine «24 zu 16»-Kiste würde, wenn alle 40 Ratsmitglieder anwesend wären.

Franziska und ich halten an der Motion fest, und um auf Nummer sicher zu gehen verlangen wir zudem geheime Abstimmung.

Eintreten wird nicht bestritten. Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende: Über den Antrag auf geheime Abstimmung stimmen wir nachher ab.

Fraktionserklärungen

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich möchte unseren Vorstoss in einen grösseren Kontext stellen. Ihr habt es gehört, auch der GR anerkennt, dass die steigenden Mieten ein grosses Problem sind. Sie belasten die Haushaltsbudgets der Mieterinnen und Mieter stark. Es gibt eine einzige Tendenz. Diese zeigt nach oben, und zwar mehr oder weniger steil. Bezahlbarer Wohnraum ist ein wichtiges öffentliches Interesse. Das zeigt auch das Rechtsgutachten, das der GR extra für unseren Vorstoss in Auftrag gegeben hat. Nun ist die Frage: Was kann eine Gemeinde machen, um diesem wichtigen öffentlichen Interesse entgegenzukommen? Ich bin diesbezüglich nicht mit Jan Köbeli einverstanden. Die Gemeinde hat sehr wohl Handlungsspielraum, und sie hat eben auch eine Verantwortung.

Die erste Möglichkeit ist: Die Gemeinde baut selbst Wohnungen und bietet sie an. Wir haben gehört und gelesen, dass unsere Gemeinde das macht. 40 Prozent davon bietet sie auch im bezahlbaren Segment an. Zu dieser Lösung kann man sagen, dass es nicht unbedingt Aufgabe einer Gemeinde ist, selbst Wohnungen zu bauen.

Die zweite Möglichkeit, die eine Gemeinde hat, ist, bei Arealen, die entwickelt werden, auch wenn das Land nicht der Gemeinde selbst gehört, dafür zu sorgen, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht, indem die Planung dementsprechend beeinflusst wird. Genau diesen Weg wollten wir mit der Wohninitiative einschlagen, mit der diese Forderung auch bei Arealen, die nicht der Gemeinde gehören, im Raum gestanden wäre, was knapp gescheitert ist.

Mit der dritten Möglichkeit, welche die Gemeinde hat, sind wir genau bei unserem Vorstoss: Die Gemeinde kann hinschauen und dafür sorgen, dass die Vermieterinnen und Vermieter in unserer Gemeinde keine missbräuchlichen Mieten verlangen. Bei dieser dritten Lösung gibt es zwei Nuancen. Über die eine stimmen wir Ende Monat ab, und ich hoffe, Ihr stimmt alle der kantonalen Mietinitiative zu. Bei

dieser geht es darum, dass die Vormiete bei einem Mieterwechsel offengelegt werden muss. Wir nun mit unserem Vorstoss schauen genau hin, was passiert, wenn Wohnungen saniert werden. Wie Ihr wisst, werden beispielsweise im Thoracker – ich wohne dort – ganze Blöcke leergekündigt und saniert, dann kommen neue Mieterinnen und Mieter rein. Genau in diesem Fall fordert unsere Motion, dass die Gemeinde hinschaut und einfach kontrolliert, ob die Mieten der Vermieterinnen und Vermieter, seien das grosse oder kleine – selbstverständlich auch Genossenschaften – dem geltenden Recht entsprechen oder nicht. Ob das auf Mieten geschlagen wird, was auch tatsächlich in die Wohnungen investiert wurde, und nicht einfach eine missbräuchliche Miete, die viel höher oben ansetzt als das, was eine Vormieterin, ein Vormieter bezahlt haben.

Unsere Forderung ist also nur, dass die Gemeinde hinschaut und kontrolliert. In diesem Sinn ist unsere Motion – dabei möchte ich mich an meine Kolleginnen und Kollegen des forums richten – eigentlich viel weniger weitreichend als die Wohninitiative, die wir gemeinsam eingereicht haben und für die wir gemeinsam gekämpft haben. Sie hätte nämlich auch Einfluss auf die Areale genommen, die nicht der Gemeinde gehören. Deshalb bitte ich Euch wirklich, heute Abend diesem Vorstoss zuzustimmen.

Ich möchte noch etwas an die Adresse des GR richten. Es stimmt schon, dass in der nächsten Zeit viele Areale entwickelt werden. Es ist auch gut, dass neuer Wohnraum entsteht. Aber dafür, dass dort bezahlbare Wohnungen entstehen, haben wir überhaupt keine Garantie. Beziehungsweise müssen wir, wenn wir das wirklich wollen, auch dafür sorgen, dass es innerhalb dieser Arealentwicklungen passieren wird. Denn einfach den frommen Wunsch zu haben, dass es dann schon bezahlbare Wohnungen sein werden, ist schön und gut. Aber es geschieht nicht automatisch. Also: Ich bitte Euch wirklich, dass Ihr unserer Motion zustimmt.

Lorenz Held (FDP): Nachdem wir jetzt zwei Voten gehört haben, die dafürsprechen, und eines, in dem der GR dagegenspricht, nun die Haltung der FDP-Fraktion. Uns allen in der FDP-Fraktion ist klar, dass steigende Mieten kein Naturgesetz sind, ausser, und das ist nicht unwichtig, dass dahinter Ressourcen stecken. Ressourcen sind bekanntlich endlich und knapp. Vielleicht geht es eben doch um ein Naturgesetz. Die FDP möchte keine Naturgesetze aushebeln und lehnt konsequenterweise den staatlichen Eingriff ab. Es geht eben nicht einfach um Kontrolle oder Transparenz, wie wir gehört haben, sondern am Schluss um einen Eingriff in den Markt. Was es braucht, ist ein flüssiger Immobilienmarkt. Dafür braucht es mehr Mobilität der Bewohnerinnen und Bewohner. Dafür braucht es weniger und nicht mehr staatliche Intervention.

Wenn wir unsere Bauprozesse beschleunigen könnten, wenn Einsprachen nicht mehr für Verzögerung verwendet werden könnten, und wenn wir grundsätzlich einfacher unterwegs wären, dann würde sich auch angebotsseitig mehr bewegen. Wir fordern also den GR auf zu überlegen, wie er die Erstellung von Wohnungen beschleunigen kann, wie zum Beispiel unsere Bauvorschriften gestaltet werden müssten, um die innere Verdichtung zu fördern. Das ist etwas, das in Muri nach wie vor nicht in dem Mass umgesetzt wird, wie man es sich wünschen würde. Noch einmal zu den Naturgesetzen: Es gibt einfach nicht Platz für alle am zentralsten Ort, und das wirkt sich auf den Preis aus. Das ist vielleicht kein Naturgesetz, aber sicher ein Marktgesetz – es ist das Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Keine weiteren Wortmeldungen. Raphaël Racine (SP) und Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichten auf ein Schlusswort.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zuerst über den Antrag der Motionärinnen auf geheime Abstimmung.

Gemäss Art. 48 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats ist auf Verlangen von mindestens fünf Ratsmitgliedern oder der Präsidentin, des Präsidenten geheim abzustimmen.

Beschluss

Auf Verlangen von 15 Ratsmitgliedern erfolgt die Abstimmung geheim.

Kurze Unterbrechung zur Vorbereitung der geheimen Abstimmung.

Der Vorsitzende: Die Stimmzählenden haben die Stimmzettel ausgeteilt. Bevor Ihr etwas reinschreibt: Der Antrag des GR ist Nichtüberweisung der Motion, der Antrag der Motionärinnen ist Überweisung der Motion. Wer den Antrag des GR auf Nichtüberweisung der Motion annehmen will, schreibt ja, wer es ablehnt, schreibt nein.

K. Urs Grütter (SVP): Einsprache! Das gibt ein grosses Durcheinander. Ich stelle den Antrag, dass man auf den Zettel Überweisung oder Nichtüberweisung schreibt. Sonst stimmen wir wohl dreimal ab.

Der Vorsitzende: Es liegt ein Antrag vor. Man kann es auch so machen. Habt Ihr schon begonnen zu schreiben? – Ja.

K. Urs Grütter (SVP): Man kann auch durchstreichen, das macht den Abstimmungszettel nicht ungültig.

Der Vorsitzende: Es liegt ein Antrag vor, dass man Überweisung oder Nichtüberweisung schreibt. Wer den Antrag von K. Urs Grütter annimmt, soll die Hand erheben. – Es ist eine Mehrheit. Okay, Ihr seid dem Antrag von Urs Grütter gefolgt. Falls Ihr schon ja oder nein geschrieben habt, streicht es durch und schreibt Überweisung oder Nichtüberweisung. Nichtüberweisung ist der Antrag des GR, Überweisung ist der Antrag der Motionärinnen.

Karin Pulfer weist darauf hin, dass durchgestrichene Ja oder Nein nicht zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen, aber Zettel mit Bemerkungen wie «das ist ein Mist» ungültig sind.

Es folgt die Durchführung der geheimen Abstimmung. Der Vorsitzende gibt folgendes Resultat bekannt:

ausgeteilte Stimmzettel	33	
eingegangene Stimmzettel	33	
leer	1	
gültig	32	
Nichtüberweisung der Motion		18 Stimmen
Überweisung der Motion		14 Stimmen

Beschluss (18 Ja [Nichtüberweisung]/ 14 Nein [Überweisung])
Die Motion wird nicht überwiesen.

6. Motion Perler (Grüne), Grossen (forum), Zaccaria (SP), Schenk (FDP), Siebenrock (SVP): No-Littering-Label

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Schon die breite Autorenschaft dieser Motion zeigt, dass das Thema Littering ein breit abgestütztes Thema ist. Für den GR ist es ebenfalls etwas, über das wir uns immer wieder unterhalten. Das Littering-Problem ist auch in Muri-Gümligen vorhanden und nimmt nicht ab, sondern eher zu, wie wir wohl alle beobachten können. Das Feststellen des Problems ist aber die einfache Seite der Medaille. Die schwierigere Seite der Medaille ist, geeignete Massnahmen zu finden, um diesem Problem wirksam zu Leibe zu rücken.

Ihr seht in der Antwort des GR, dass wir schon relativ viel in diesem Bereich unternehmen, dass gewisse Massnahmen, die man getestet hat, aber nicht unbedingt zum gewünschten Erfolg führen. Deshalb ist der GR der Meinung, dass ein No-Littering-Label nicht unbedingt einen Mehrwert bringt. Wir sind vonseiten des GR aber gerne bereit, das Gespräch zu suchen. Wir sind froh und dankbar um zusätzliche, zielgerichtete Vorschläge, wie man das schwierige Thema Littering noch in Angriff nehmen könnte, nebst dem, was die Gemeinde sowieso schon macht. Merci vielmals.

Der Vorsitzende: Sandra, bitte teile uns in Deinem Votum mit, ob Du mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden bist.

Sandra Perler (Grüne): Gut, das werde ich. Wir danken dem GR für die Beantwortung unseres Vorstosses. Der Zeitpunkt könnte nicht passender sein. Denn ich habe gerade vor ein paar Tagen gemerkt, dass nächstes Wochenende der nationale Clean-up-Day ist, der einmal pro Jahr stattfindet. Ich bin gespannt, inwiefern er in Muri-Gümligen sichtbar, spürbar oder auch erlebbar sein wird.

Jetzt aber zum Vorstoss. In unserem Vorstoss geht es um das Thema Prävention im Bereich des Litterings, also konkret um Aufklärungs- und auch Sensibilisierungsarbeit. Der GR hat in seiner Antwort auf diesen Vorstoss verschiedenste Massnahmen aufgelistet. Wir haben vorhin auch gehört, dass die Gemeinde schon sehr viele Massnahmen in Zusammenhang mit Littering ergriffen hat. Die meisten Massnahmen, die es in dieser Auflistung hat, befassen sich nicht oder weniger mit Prävention, sondern mehr mit Themen wie Entsorgung. Teilweise hat es fast mehr mit Hausmüll zu tun als mit Littering selbst, bei dem es um Kleinabfälle geht. Es umfasst Themen wie die Anzahl Abfallkübel, die bereitgestellt werden, die Anzahl Abfuhreinsätze, die gemacht werden, die Holsammlungen, die angeboten werden. Das ist sehr umfangreich. Es ist völlig unbestritten, dass all das in Zusammenhang mit Littering sehr wichtig ist. Aber es ist eben weniger Prävention.

In dieser Liste gibt es zwei Massnahmen, die das Thema Aufklärung und Sensibilisierung berühren, aber eben nicht mehr. Deshalb zeigt uns die Antwort des GR eben auch, dass es diesbezüglich wirklich noch grosses Potenzial gibt. Wir werten sehr positiv, dass der GR diese Problematik anerkennt und auch sagt, dass Präventionsarbeit von grosser Bedeutung ist. Wir begrüssen ebenfalls die Bereitschaft, die vorhanden ist, neue Massnahmen im Bereich der Prävention zu entwickeln. Ob man das jetzt mit oder ohne Label macht, ist für uns – ich spreche für alle Motionärinnen und Motionäre – zweitrangig. Wir halten nicht an diesem Label fest. Man kann es gut auch auf eine andere Art und Weise machen. Was wir anders sehen, ist der Vorgehensvorschlag des GR. Aus unserer Sicht ist es primär Aufgabe des GR und der Verwaltung, Aufträge des Parlaments umzusetzen. In diesem Fall wäre es, konkrete Massnahmen zu erarbeiten. Die vorgeschlagene gemeinsame Werkstatt entspricht aus unserer Sicht nicht den vorgesehenen Zuständigkeiten von Exekutive und Legislative. Es ist uns auch ein Stück weit zu offen und zu unverbindlich. Das Parlament könnte das natürlich. es könnte durchaus zum Einsatz kommen, aber im

Sinn von beratend.

Wir sind also bereit, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, auch, weil wir eben nicht an diesem Label festhalten. Die gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses ist für uns oder für eine Mehrheit von uns aber nicht nachvollziehbar. Denn der GR sagt: Ja, wir haben ein Problem, dieses Problem nimmt zu. Der GR ist zudem durchaus gewillt, in diesem Bereich etwas zu tun und mehr in der Prävention zu tun. Von dem her ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum das Postulat jetzt schon abgeschrieben werden soll, zumal das Vorgehen noch nicht feststeht und die Erarbeitung der neuen Massnahmen noch gar nicht begonnen hat. Uns scheint das nicht logisch und wenn man es mit anderen Vorstössen vergleicht auch überhaupt nicht üblich. Deshalb beantragen wir eine zweistufige Abstimmung, also einerseits zum gewandelten Vorstoss und andererseits zur Abschreibung. Merci.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen oder weiteren Wortmeldungen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Das mit der Prävention ist ein dorniges Thema. Die Gemeinde hat damit auch schon gewisse Erfahrungen gesammelt. Es ist nicht ganz einfach, Präventionsmassnahmen und Sensibilisierungsmassnahmen zu entwerfen, die auch tatsächlich eine Zielgruppe erreichen, die für dieses Thema noch nicht sensibilisiert ist. Das ist wirklich nicht einfach. Der GR ist auch der Meinung, dass man sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis anschauen muss. Wenn ich die Toolbox des No-Littering-Labels sehe, stelle ich fest, dass bei vielen Beispielen, die aufgeführt werden, eine wichtige Komponente ist, dass die Bevölkerung, Private oder Freiwillige ebenfalls mitarbeiten. Sprich, wir als Gemeindeverwaltung können das Littering unmöglich allein in den Griff bekommen – das Angebot eines Work-shops ist in diesem Sinn zu verstehen. Wir können es nicht alleine lösen, wir können es nur zusammen. Wir müssten quasi auch Bevölkerungsressourcen mobilisieren können, um etwas gemeinsam auf die Beine zu stellen. Denn wenn wir es alleine machen, sind wir wahrscheinlich nicht erfolgreich. Das waren meine Ergänzungen. Nun bin ich gespannt, wie Ihr abstimmen werdet. Merci.

Sandra Perler (Grüne) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Da die Motionärinnen der Wandlung in ein Postulat zugestimmt haben, stimmen wir über die Überweisung des Postulats ab.

Beschluss

1. Das Postulat wird überwiesen. (32 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)
2. Das Postulat wird mit Stichentscheid des Präsidenten nicht abgeschrieben. (16 Ja / 16 Nein / 1 Enthaltung)

7. Motion Reich (FDP/JF-Fraktion): Transparentes Beschaffungswesen in Muri bei Bern

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Die Gemeinde hat seit dem Jahr 2022 eine Weisung zur öffentlichen Beschaffung, welche die übergeordneten rechtlichen

Vorgaben konkretisiert. In dieser Weisung steht in Art. 5 auch, dass das lokale Gewerbe nach Möglichkeit berücksichtigt werden soll. Allerdings mit dem wichtigen Zusatz: wenn es rechtlich zulässig ist. Das Beschaffungswesen ist ein Bereich, der rechtlich sehr stark reglementiert ist.

Wirtschaftsförderung ist explizit kein legitimes Ziel des Beschaffungswesens. Das heisst, die Gemeinde kann dieses Ziel nur in dem Rahmen ansteuern, der rechtlich zulässig ist. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die Gemeinde im sogenannt freihändigen Verfahren beschafft. Der GR wird die in der Antwort beschriebenen Anpassungen demnächst umsetzen. Das hat sich wegen einer unfallbedingten Abwesenheit der Leiterin Umwelt und Energie leider etwas verzögert. Aber es wird innert kürzester Frist passieren. Der Inhalt der Änderungen ist in der Antwort beschrieben und wurde vom GR auch schon anlässlich der Plattform Klima und Wirtschaften präsentiert, an der man über das Thema Beschaffungswesen und lokales Gewerbe diskutiert und informiert hat. Merci vielmals.

Der Vorsitzende: Julien, bitte teile uns in Deiner Rede mit, ob Du mit der Wandlung des Vorstosses in ein Postulat einverstanden bist.

Julien Reich (JF): Ja. Die FDP/JF-Fraktion unterstützt den Antrag des GR auf Überweisung als Postulat mit gleichzeitiger Abschreibung, weil wir darauf vertrauen, dass es dann auch so umgesetzt wird. Entscheidend ist, dass aus den Erfahrungen gelernt wird und die Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe und dem Gewerbeverein spürbar besser wird. Das lokale Gewerbe liefert auch seinen Beitrag. Der Gewerbeverein hat gerade sein Register erneuert und gibt sehr gerne Auskunft, falls es Fragen zu Anbietern gibt. Wichtig zu sagen ist auch noch, dass die Publikation auf dem «Digitalen Dorfplatz» problematisch sein könnte, weil es eine geschlossene Plattform ist. Deshalb finden wir es eigentlich besser, wenn solche Sachen auf der Gemeinde-Homepage publiziert werden, sodass es öffentlich zugänglich ist. Merci.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Wortmeldungen. Julien Reich (JF) und Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss

1. Das Postulat wird überwiesen. (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
2. Das Postulat wird abgeschrieben. (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

8. Postulat Soder (FDP/JF-Fraktion): Einführung eines Diebstahl-/Verlustmeldesystems an den Schulen von Muri bei Bern (Integration in das bestehende Klapp-Informationssystem)

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Laura Bircher spricht stellvertretend für Christa Grubwinkler für den GR.

Laura Bircher (GR): Christa Grubwinkler hat mich gebeten, heute ihr Statement vorzutragen: In der Antwort des GR ist fälschlicherweise vermerkt, dass sämtliche Schulleitungen jeweils vor den Ferien darauf aufmerksam machen, dass die liegengelassenen Kleider und so weiter abgeholt werden müssen, bevor sie der Altkleidersammlung übergeben werden. Diese Information wurde leider bis jetzt nur teilweise

gemacht, was nun aber künftig anders laufen wird. In Zukunft werden sämtliche Schulleitungen über Klapp darüber informieren.

Weiter hat Alain Portmann zwischenzeitlich von Klapp eine Rückmeldung erhalten, was eine Implementierung eines solchen Eingabesystems für Kostenfolgen hat. Diese belaufen sich auf einmalig CHF 20'000. Darin nicht eingerechnet sind die wiederkehrenden administrativen Aufwendungen, die Aufnahme der vermissten Gegenstände sowie die gewünschte Auswertung. Wichtig ist zudem zu erwähnen, dass der GR mit «geringem Wert», wie er schreibt, nicht den Eindruck erwecken will, dass er diese Verluste kleinreden will. Tatsache ist aber, dass solche Verluste kaum der Polizei gemeldet werden können. Die Erziehungsberechtigten sind deshalb gebeten, ihre Kinder künftig vermehrt darauf aufmerksam zu machen beziehungsweise sie dafür zu sensibilisieren, dass sie erst in den Fundgegenständen nachschauen, bevor sie von Diebstahl sprechen. Oft ist es so, dass die angeblich gestohlenen Dinge bei den Fundgegenständen landen.

Die Schulen werden aber folgende Massnahmen ergreifen: Erstens werden die flächendeckenden Infos über die Abholung der zurückgelassenen Gegenstände vor den Ferien über Klapp gemacht, und zwar so, dass es diese Klapp-Nachricht jetzt wirklich flächendeckend geben wird. Zweitens werden die Schülerinnen und Schüler weiterhin auch von den Lehrpersonen sensibilisiert respektive darauf aufmerksam gemacht, dass sie nachschauen, ob diese Gegenstände allenfalls irgendwo bei den Fundgegenständen zu finden sind. Christa Grubwinkler bittet Euch, dem Antrag des GR zu folgen.

Rolf Soder (FDP): Ich danke an dieser Stelle Laura vielmals für die ergänzenden Ausführungen. Ich hatte vorher eigentlich schon ein Gespräch. Aufgrund dessen konnte man es eigentlich bereinigen. Denn ich war zuerst nicht einverstanden mit der Antwort auf mein Postulat. Aber es ist in dem Sinn für mich eigentlich so in Ordnung. Denn die Punkte, die mich etwas gestört haben, waren, dass eben nicht stimmt, dass alle diese Klapp-Meldungen oder Verlustmeldungen erhalten, was ich bei meinem Sohn selbst sah. Ich erhielt nie eine solchen Meldung. Aber da wurde gehandelt, das ist von dem her gut.

Das andere war wegen Bagatell-Gegenständen und der Verhältnismässigkeit. Es wurde etwas bagatellisiert und geschrieben, wegen ein paar Etuis und so. Ich habe mir dann überlegt, dass es Familien gibt, die auf das Geld achten müssen und nicht so gutsituiert sind. Für sie ist der Verlust eines Etuis, das vielleicht 60, 70 Franken kostet, eben doch eine Ausgabe, die weh tut und die man nicht einfach so machen kann. Das konnte man nun auch klären. Dadurch ist es für mich so in Ordnung. Ich bin einverstanden, dass man das Postulat überweist und abschreibt. Ich werde aber am Ball bleiben, es beobachten und je nach dem in einem halben Jahr oder in einem Jahr wieder eine Anfrage machen, um mich nach dem neuen Stand zu erkundigen. Merci vielmals.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Wortmeldungen. Rolf Soder (FDP) und Laura Bircher (GR) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss

1. Das Postulat wird überwiesen. (28 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung)
2. Das Postulat wird abgeschrieben. (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

9. Motion Anliker (forum): Anpassung Personalreglement Artikel 12 Ziffer 1

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Nadia Rindlisbacher, Leiterin HR, anwesend.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Im Kern geht es darum, wie oft die Mitarbeitenden der Tagesschule kündigen können sollen. Sollen sie immer kündigen können, wie alle anderen Mitarbeiter der Gemeinde auch? Oder sollen sie nur zweimal pro Jahr kündigen können? Aktuell ist es so, dass die Mitarbeitenden der Tagesschule tatsächlich zweimal im Jahr kündigen können, immer auf Ende eines Schulsemesters, nämlich per 31. Januar und 31. Juli. Die Motion verlangt nun, dass der Wortlaut, der früher galt, wiedereingeführt wird. Das würde bedeuten, dass die Mitarbeitenden der Tagesschule zu jedem Zeitpunkt während dem Schuljahr kündigen können. Der GR schlägt, wie Ihr in der Motionsantwort sehen könnt, einen Kompromiss vor. Dieser würde bedeuten, dass die Mitarbeitenden ein drittes Mal kündigen könnten, aber nur ab einer Pensumsänderung von 20 Prozent.

Weshalb machen wir eigentlich diese Änderung? Ich möchte es in einen grösseren Kontext stellen. Dazu machen wir kurz eine Reise in die Vergangenheit. Letztes Jahr, im November 2024, habt Ihr hier im Rat der Änderung zugestimmt. Das heisst, man hat damals zugestimmt, dass die Mitarbeitenden der Tagesschule nur noch auf Ende eines Schulsemesters kündigen können. Weshalb hat man das gemacht? Es war auf Wunsch der Tagesschulleitung. Sie trat damals mit zwei Argumenten an den GR heran. Erstens geht es um die Bezugspersonen der Kinder. Wenn sie ständig wechseln, kann es sich negativ auf das Kind auswirken. Es ist positiv, wenn ein Kind immer ein halbes Jahr eine Bezugsperson hat. Wenn es dann zu einem Wechsel kommt, kann dieser nach einem halben Jahr in den Ferien stattfinden.

Zweitens, und das ist das Hauptargument, erhöht es, wenn die Mitarbeitenden der Tagesschule nur auf Ende eines Schulsemesters kündigen können, die Planungssicherheit für die Tagesschulleitung enorm. Wie funktioniert eine solche Planung? Die Hauptplanung ist immer im Juli, in den Sommerferien. Dann werden die Einsatzpläne gemacht und die Pensen neu geregelt. Das heisst, man hat als Tagesschule ein Gesamtpensum, das man dann unter den Mitarbeitenden verteilt, je nachdem, wo gerade Leute gebraucht werden. So kann natürlich ein Pensum einmal etwas stärker und einmal etwas weniger ändern. Aber selbstverständlich versucht die Tagesschulleitung immer, auf die Mitarbeiter einzugehen, damit möglichst alle Wünsche erfüllt werden.

Nun ist es aber so: Gemäss aktuellem Wortlaut könnte der Mitarbeiter, wenn das Pensum signifikant ändert und er damit unzufrieden ist, tatsächlich am 30. Juni, wenn sein neues Pensum bekannt ist, nicht kündigen. Mit dem aktuellen Wortlaut kann er seine Kündigung effektiv erst per 31. Januar einreichen. Dies wiederum zugunsten der Planungssicherheit der Tagesschulleitung. Unser Kompromiss würde nun eben vorsehen, dass ein Mitarbeiter, dessen Pensum 20 Prozent oder mehr ändert, wenn ihm dies im Juni mitgeteilt wird und er mit der Pensumsänderung nicht zufrieden ist, am 30. Juni die Kündigung einreichen und die Tagesschule am 30. September verlassen könnte. Das wäre ein Entgegenkommen zugunsten der Mitarbeiter.

Unser Kompromissvorschlag, den Ihr in der Motionsantwort seht, wurde mit unserem Juristen geprüft, wie übrigens auch die Änderung, der Ihr im November zugestimmt habt, wonach Tagesschulmitarbeitende nur noch per 31. Januar und 31. Juli kündigen können. Es wurde beides als rechtens beurteilt. Natürlich muss man fairerweise sagen, dass unser Jurist wohl eher eine Arbeitgeberhaltung einnimmt. Nun kamen kürzlich Vertreterinnen des forums auf mich zu. Ihr wart diesbezüglich sehr transparent, merci vielmals. Ihr habt mitgeteilt, dass Ihr beim VPOD juristische Abklärungen vorgenommen habt. Der VPOD ist die Gewerkschaft des öffentlichen Personals. Ich kenne den Juristen, der beim VPOD die Rechtsauskünfte gibt, und vermute, dass er – korrekterweise – eher eine arbeitnehmer-

freundliche Haltung einnehmen wird. Egal, welchen Juristen ich frage, höre ich immer: Es kommt darauf an. Es kommt also immer sehr darauf an, wie man eine Änderung auslegt. Ist sie markant? Ist sie signifikant? Ist sie das nicht? Wie wird sie eingestuft? Je nach dem kann man dann eben eine Änderung vornehmen oder eher nicht.

Deshalb nun mein Vorschlag: Da ich den Juristen kenne, mit dem der VPOD korrespondiert, schlage ich vor, dass wir beim VPOD respektive der entsprechenden Kanzlei anfragen. Sie sollen es einmal aufschreiben und uns ein kleines rechtliches Gutachten machen. Sie sollen sich zur alten Regelung äussern, sie sollen sich zur neuen Regelung äussern, sie sollen sich zu unserem Kompromissvorschlag äussern, und sie sollen sich bitte auch zum Kompromissvorschlag äussern, den das forum mündlich an mich herangetragen hat. Das sollen sie auf zwei A4-Seiten aufschreiben. Dann haben wir vom Juristen des VPOD eine rechtliche Abklärung. Diese würden wir unserem Juristen zur Stellungnahme unterbreiten. Vor allem würde mich interessieren, wie unser Jurist es rechtfertigen würde, wenn die Stellungnahme des VPOD-Juristen zu einem anderen rechtlichen Schluss kommt als die, die unser Jurist letztes Jahr abgab.

Aufgrund dieser zwei juristischen Abklärungen arbeitet wir im GR dann einen Kompromissvorschlag aus und kommen im November noch einmal mit dem Personalreglement in den GGR. Dann könnt Ihr diesen Kompromissvorschlag annehmen oder ablehnen. Wir müssten im November sowieso mit dem Personalreglement in den GGR kommen. Denn wir haben in der Motionsantwort ja einen Kompromissvorschlag in Aussicht gestellt und kommen dem selbstverständlich nach. Ergo müssen wir im November eh mit dem Personalreglement in den GGR kommen. Nutzen wir doch die Zeit bis November und nehmen die juristischen Abklärungen vor.

Ob das der Kompromissvorschlag sein wird, der jetzt in der Motionsantwort steht, lasse ich noch offen. Das diskutieren wir dann im GR. Der Kompromissvorschlag, den wir anbieten werden, basiert natürlich auf den beiden juristischen Abklärungen und Einschätzungen. Deshalb bitte ich Euch, dass Ihr die Motion ablehnt und wir im November dann mit dem Personalreglement in den GGR kommen, mit einem Kompromissvorschlag. Den könnt Ihr annehmen oder ablehnen. Der Vorteil ist auch, dass Ihr Gegenvorschläge machen könnt. Dann können wir dazu ein Votum halten, und dann könnt Ihr allenfalls auch einen Gegenvorschlag aus der Ratsmitte annehmen oder ablehnen. Ich bin überzeugt, dass wir so einen guten Kompromiss finden werden. Damit dieser Weg möglich ist, bitte ich Euch, die Motion abzulehnen. Merci vielmals.

Sophia Anliker (forum): Merci, Jan, für die Erläuterungen. Mein Votum stellt gleichzeitig auch das Fraktionsvotum dar. Wir danken dem GR für seine Antwort. Wir sind mit dem Antrag des GR, das heisst, mit der Nichtüberweisung der Motion, einverstanden. Wir können die Herausforderungen mit den tagesschulspezifischen Anstellungsverhältnissen durchaus nachvollziehen. Wir sehen auch den Aspekt der Planungssicherheit für die Verwaltung. Trotzdem bedarf es unseres Erachtens unbedingt dreier Kündigungstermine, und diese sollen nicht an ein Arbeitspensum gekoppelt sein. Deshalb sind wir nicht gänzlich einverstanden mit dem gemeinderätlichen Vorschlag für Art. 12 Abs. 1bis.

Für das Protokoll möchten wir festhalten, dass wir eine Anpassung der Formulierung von Art. 12 Abs. 1bis möchten, um dies bei der Behandlung der Teilrevision des Personalreglements im November wieder zu diskutieren. Es würde um folgenden Wortlaut gehen: «Art. 12 Abs. 1bis: Das Arbeitsverhältnis mit Mitarbeitenden der Tagesschulen können die Parteien nur auf das Ende eines Schulsemesters (31. Januar oder 31. Juli) kündigen. Nach Erhalt des definitiven Pensums für das nachfolgende Schuljahr können die Mitarbeitenden das Arbeitsverhältnis zudem mit einer Frist von 3 Monaten auf den 30. September kündigen.» Wie in der Antwort des GR erwähnt, werden die definitiven Pensen für das folgende Schuljahr jeweils erst

im Juni offiziell kommuniziert. Der dritte Kündigungstermin per 30. September ist sinnvoll und entspricht der Arbeits- beziehungsweise Anstellungsrealität der Tagesschule.

Die Formulierung des GR, dass die Kündigung nur dann möglich ist, wenn das neue Pensum eine Differenz von 20 Prozent oder mehr zum bisherigen Pensum aufweist, schafft es nicht, relevante Faktoren der Arbeits- beziehungsweise Anstellungsrealität der Tagesschule aufzugreifen. Der im gemeinderätlichen Vorschlag erwähnte Wert von 20 Prozent Differenz zum bisherigen Pensum bezieht besonders nicht mit ein, dass die meisten Mitarbeitenden in der Tagesschule Frauen mit eigenen Kindern und weiterer Care-Arbeit sind und von dem her oft Teilzeit arbeiten.

Kündigungstermine sollten nicht an Arbeitspensen gekoppelt sein. Die mündliche Zusicherung einer einvernehmlichen Lösung reicht hier nicht. Aus rechtlichen Gründen ist es sinnvoll, vertragsrelevante Kündigungsklauseln explizit in das Personalreglement aufzunehmen. Wir möchten den GR auffordern, den hier mündlich eingebrachten Vorschlag zu Art. 12 Abs. 1bis personalrechtlich zu prüfen. – Davon hat Jan am Anfang schon gesprochen. Zum Abschluss: Wir unterstützen die Nichtüberweisung der Motion respektive sind mit ihr einverstanden. Danke für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Sophie, eine Frage: Wenn Du mit dem Antrag auf Nichtüberweisung einverstanden bist, ziehst Du dann die Motion zurück?

Sophia Anliker (forum): Warum? Es ist einfach eine Nichtüberweisung.

Der Vorsitzende: Okay, wir führen die Debatte.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Wortmeldungen. Sophia Anliker (forum) und Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
Die Motion wird nicht überwiesen.

10. **Motion Balmer (FDP), Müller Kearns (FDP): Strategie für die Nutzung von erneuerbaren Energien**

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Der GR dankt für diese Anfrage. Das Thema der erneuerbaren Energien auf Gemeindegebiet ist ein wichtiges Thema. Die zukünftige Energieversorgung wird immer mehr auch darauf angewiesen sein, dass Energie nicht über lange Strecken transportiert wird. Wie die Antwort darlegt, ist der aktuelle Wissenstand relativ up to date, weil wir erst gerade den Energierichtplan überarbeitet haben. In diesem Zusammenhang hat man sich die Frage gestellt, welche Energiequellen wir auf dem Gemeindegebiet haben. Diese sind in den Massnahmen aufgelistet, die zum Energierichtplan gehören und die zum Teil ja auch schon umgesetzt werden. Selbstverständlich läuft weltweit, aber auch in der Schweiz, die Forschung zu weiteren Technologien und Möglichkeiten auf Hochtouren. Der GR verfolgt das aufmerksam und würde entsprechende neue Ideen und

Ansätze aufgreifen. Wir sind auch immer offen für Vorschläge. Man darf mich anrufen oder bei mir vorbeikommen, wenn man interessante neue Pisten entdeckt. Der GR ist der Meinung, dass die Klima- und Energiestrategie mit den Massnahmen, die im Energierichtplan vorgesehen sind, erreichbar ist. Selbstverständlich ist es kein kleiner Spaziergang, es braucht eine Anstrengung. Aber es zeigt, dass es realistische Ziele sind und nicht solche, die oben in einem Wolkenkuckucksheim sitzen. Deshalb beantragt der GR die Überweisung der Motion als Postulat, denn wir haben die Arbeiten, die gefordert werden, inhaltlich eigentlich schon vorgenommen, und er beantragt ebenfalls die Abschreibung. Merci vielmals.

Thomas Balmer (FDP): Ich danke für die Antwort, die mich aber trotz der Ausführlichkeit nicht recht zufriedenstellt. Und zwar gibt es andere Möglichkeiten, als das aktuelle Fernwärmeprojekt mit Tiefengrundwasser und Holzschnitzel für ein Hochtemperaturnetz vorsieht. Wir haben in der Gemeinde Muri Abwasser, das man nutzen kann, wir haben die Aare, und wir haben ganz gewöhnliches Grundwasser, das man teilweise ebenfalls nutzen kann. So müsste man nicht Unsummen für Bohrungen investieren, wie bei diesem sehr heiklen Projekt mit Tiefengrundwasser. Wir haben aber auch Flächen, bei denen man Erdwärme entnehmen könnte. Es gibt zudem Möglichkeiten, für die Fernwärmenutzung nicht ein Hochtemperaturnetz zu betreiben. Es können auch tiefere Temperaturen sein, die zum Heizen ausreichen, und die Temperaturanhebung für die Warmwasseraufbereitung wird mit lokalen Wärmepumpen gelöst. Es gibt Beispiele, wo es so gemacht wurde, und bei diesen ist der Wärmeverlust deutlich tiefer. Aber wir haben auch thermische Sonnenkollektoren für Warmwasser für Schulen, für Überbauungen und Schwimmbäder. Es muss nicht immer Photovoltaik sein, um CO₂-neutrale Wärme oder Energie erzeugen zu können.

Es geht mir darum, dass man mit ein bisschen Fantasie jeden Stein umdreht und nicht mit dem zufrieden ist, was einmal eine Studie ergab. Wir haben doch mehr Willen und nicht nur das, was auf der Hand liegt und was jeder erkennt. Ich bitte, die Motion zu überweisen und den Auftrag ernst zu nehmen und sie noch nicht abzuschreiben. Ich bin sicher, dass uns die Umwelt diesen Effort wert sein sollte. Besten Dank.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen oder weiteren Wortmeldungen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Selbstverständlich ist der GR immer daran interessiert, neue Möglichkeiten zu prüfen. Zu denen, die gerade aufgezählt wurden: Das Aarewasser hat man im Rahmen des Energierichtplans geprüft und kam zum Schluss, dass es keine valable Option ist. Technisch kann ich es jetzt nicht ausführen, dafür hätte ich mich vorbereiten müssen. Beim Abwasser weiss ich, dass sich massive Themen wegen Säuren, Erosion und Verschmutzungen stellen. Das Thema ist auch, dass Energie, wenn man sie irgendwo gewinnen will, an einem Ort konzentriert vorliegen muss. Das Abwasser ist im ganzen Abwasserkanalisationsnetz verstreut. Spricht, wir haben eigentlich gar keinen zentralen Punkt, wo wir das Abwasser gesammelt brauchen könnten. Wie gesagt weiss ich, dass es grosse Herausforderungen in Bezug auf die Qualität dieses Wassers gibt. Dass die Qualität des Wassers stimmen muss, ist auch beim Tiefengrundwasser des Fernwärmenetzes ein Thema.

Erdwärme wird bei uns in der Gemeinde bereits genutzt. Wie Ihr aber wisst, ist das nicht überall möglich. Wir sind sogar eine Gemeinde, die bei der Nutzung von Erdsonden relativ grosse Einschränkungen hat. Nach diesem unglücklichen Vorfall kam ja ein weiteres Gebiet am Hang hinzu. Ich wüsste nicht, dass es Fernwärmeprojekte

gibt, die mit einer Erdsonde grösseren Ausmasses funktionieren.

Was das Hochtemperaturnetz anbelangt und dass man es mit einem Niedrigtemperaturnetz ersetzen könnte, ist gemäss meinem Wissensstand nicht richtig. Wir haben in unserer Gemeinde viele Gebäude, die älteren Datums sind und eine gewisse Vorlaufemperatur brauchen. Sonst funktioniert es nicht mit der Wärmeleistung. Wenn wir ausschliesslich moderne, gedämmte Bauten hätten, wäre es anders. Die Absicht ist, dass das Fernwärmenetz mit zunehmender Sanierungsrate der Gebäude allenfalls auch temperaturmässig nach unten justiert werden kann. Aber im Moment geht man davon aus, dass es die Temperaturvorläufe braucht, die im Projekt beschrieben sind.

Ich möchte auch beliebt machen, Wärme und Strom auseinanderzuhalten. Die Strategie Photovoltaik ist auf den Strom gemünzt, und beim Strom haben wir, abgesehen von Klein-Windanlagen, im Moment keine anderen Technologien, die mir zumindest bekannt sind. Ich lasse mich gerne über neue Ansätze belehren und würde sie auch gerne aufnehmen. Aber das ist der aktuelle Wissensstand. Deshalb ist der GR der Meinung, er habe seine Hausaufgaben gemäss aktuellem Wissensstand gemacht. Danke für die Aufmerksamkeit.

Thomas Balmer (FDP): Frau Gemeinderätin, ich will Dich nicht belehren, aber es gibt natürlich Systeme mit Abwasser-Nutzungen, die tippopp funktionieren, und es gibt Systeme, mit denen Neubauten mit tieferem Niveau und Altbauten mit höherem Niveau betrieben werden können. Eins davon ist der Nahwärmeverbund Gäbelbach-Brünnen in Bern. Dieser verwendet das Abwasser von Frauenkappelen und den Gemeinden, die daran angeschlossen sind. Man heizt auf der einen Seite die Altbauten des Gäbelbachs, auf der anderen Seite die Neubauten von Brünnen. Das sind insgesamt rund 4000 Wohnungen, was fast schon die Gemeinde Muri mit dem Fernwärmenetz ist. Dort funktioniert es auf jeden Fall.

Die Qualität des Abwassers spielt keine Rolle. Es muss einfach entsprechend warm sein, und das ist es ja leider. Aber das geht uns einfach verloren. Das wollte ich noch anfügen, und ich bitte, es trotzdem noch einmal anzuschauen. Denn ich finde es schade, wenn man das nicht auch noch prüft. Merci.

Kein Rückkommen.

Beschluss

1. Die Motion wird überwiesen. (32 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen)
2. Die Motion wird nicht abgeschrieben. (14 Ja / 18 Nein / 1 Enthaltungen)

11. Motion Balmer (FDP), Müller Kearns (FDP): Photovoltaik-Strategie

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Strategien sind wichtig, aber sie sollten kein Selbstzweck sein. Im Bereich Photovoltaik verfügt die Gemeinde bereits über verschiedene strategische Grundlagen. Einerseits die Klima- und Energiestrategie, andererseits der Energierichtplan und die Immobilienstrategie für die gemeindeeigenen Liegenschaften. Wir haben auch schon verschiedene wichtige Massnahmen in diesem Bereich umgesetzt. Deshalb erachtet der GR eine zusätzliche Strategie als unnötig. Er will stattdessen auf die Weiterführung der beschlossenen Ansätze setzen sowie auf die zusätzlichen Abklärungen, die in der Antwort zu den lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) beschrieben sind. Eine erste Sitzung mit der PV-Begleitgruppe, die in der Antwort erwähnt wird, hat bereits stattgefunden. Es

waren interessante Diskussionen. Leider hat die BKW die für die Studie benötigten Daten noch nicht vollständig zur Verfügung gestellt, es kommt deshalb zu einer leichten Verzögerung bei unserem Marschplan. Aber wir hoffen, dass wir die Machbarkeitsstudie trotzdem innert nützlicher Frist abschliessen können. Merci.

Der Vorsitzende: Thomas, bitte sag uns in Deinem Votum, ob Du mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden bist.

Thomas Balmer (FDP): Das mache ich. Besten Dank für die Antwort – und doch bin ich etwas enttäuscht, wenn man auf diese – in Anführungszeichen – Strategie setzt. Strategien sind nie überflüssig, sondern sie sind ein Hilfsmittel für die Planung, und planen heisst vorausschauen. Mit der Einführung parzellenüberschreitender Verbrauchergemeinschaften werden sich ganz neue Perspektiven ergeben. Diese sollte man nutzen. Was haben wir für Möglichkeiten, und wie kann man sie nutzen? Die grossflächigen Nutzergemeinschaften entlasten das Stromnetz und verhindern Überlastungen, die zu einem Blackout führen könnten. Denn der Strom wird lokal besser genutzt und nicht in ein Netz abgegeben, das dann überlastet. Ich und alle, die diese neuen Möglichkeiten der Energieversorgung nutzen möchten, halten an der Motion fest, und ich bitte den GR, die LEG-Machbarkeitsstudie zur Kenntnis zu nehmen und sie ergebnisoffen zu diskutieren. Erst dann kann man und sollte man diese Motion ab-schreiben. Besten Dank.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen oder weiteren Wortmeldungen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Ich möchte darauf hinweisen, dass der Motionstext auf die Erarbeitung einer Photovoltaik-Strategie zielt, nicht auf eine LEG-Machbarkeitsstudie. Das heisst, wenn die Motion so überwiesen wird, muss der GR eine Strategie ausarbeiten. Das bindet interne Ressourcen und benötigt auch finanzielle Ressourcen. Von dem her bin ich sehr wohl der Meinung, dass sich die Frage stellt, was diese Strategie bringt. Im vorliegenden Fall sind wir eindeutig der Meinung, dass wir genügend strategische Grundlagen haben und unsere Ressourcen lieber darauf konzentrieren würden, mit einer Machbarkeitsstudie oder konkreten Massnahmen weiterzukommen. Entsprechend beantrage ich im Namen des GR die Nichtüberweisung der Motion. Merci vielmals.

Thomas Balmer (FDP) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des GR lautet Überweisung der Motion als Postulat und Abschreibung des Postulats. Wir stimmen zuerst über den Antrag des GR auf Überweisung der Motion als Postulat ab.

Aus der Ratsmitte: Damit sind wir nicht einverstanden.

Der Vorsitzende: Entschuldigung, wir stimmen über die Überweisung der Motion ab.

Beschluss (17 Ja / 15 Nein / 1 Enthaltung)
Die Motion wird überwiesen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zu Frage zwei. Wer die Motion abschreiben möchte, erhebe bitte die Stimmkarte.

Martin Koelbing (forum): Wenn die Motion überwiesen ist, ist sie überwiesen.

Der Vorsitzende: Wir waren uns nicht ganz sicher. Diese Unsicherheit ist nun behoben. Vielen Dank. Das Traktandum ist damit abgehandelt. Entschuldigung vonseiten des Büros, und danke für Deinen Hinweis, Martin.

12. Interpellation Lauper (parteilos): Aktueller Stand zum geplanten Standplatz für Schweizer Fahrende auf Gemeindegebiet

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Wir sind ins Archiv gestiegen, und ich habe ein historisches Dokument mitgebracht. Es ist das Baureglement in der Fassung aus dem Jahr 1993. Unter Art. 60 findet man dort: «Standplatz für Fahrende Froumholz: Das Abstellen von Wohnmobilen ist in diesem Bereich gestattet.» Die öffentliche Auflage dieses Baureglements war im Oktober 1992, am 6. Juni 1993 kam es vor das Stimmvolk. Damals stimmte unser Stimmvolk einem solchen Standplatz für Fahrende zu. In den Jahren darauf ging dann die Planung los. Der Kanton nahm sich relativ viel Zeit, bis er die Planung an die Hand nahm. In den 2000er-Jahren geschah es dann irgendwann.

Man muss klar sagen: Diese Planung liegt in der Kompetenz des Kantons. Die Gemeinde kann sich hier höchstens mündlich oder schriftlich einbringen. Aber ob der Kanton das entgegennimmt, steht auf einem anderen Blatt Papier. Gerade in den letzten Jahren ergaben sich keine signifikanten neuen Erkenntnisse des Kantons, die ein Handeln des GR nötig gemacht hätten. Wir warten hier also darauf, was der Kanton uns meldet, wie weit er mit den Planungen ist. Er wird uns in den nächsten Schritten anhören, dann kann sich die Gemeinde erneut einbringen. Das ist, was ich im Moment darüber berichten kann. Merci.

Der Vorsitzende: Reto Lauper ist heute nicht da. Möchte jemand von der Fraktion etwas dazu sagen?

Renate Mäder (SVP): Ich wurde dazu bestimmt und werde nur die Worte des Einreichers der Interpellation wiedergeben. Er dankt dem GR für die transparente Beantwortung. Das Thema bleibt aktuell, insbesondere mit Blick auf die geplante öffentliche Auflage Ende 2026. Der Einreicher bittet den GR, das Parlament und die Bevölkerung proaktiv zu informieren, sobald spruchreife Informationen vorliegen. Es gibt sicher eine emotionale Debatte. Damit muss man rechnen. Deshalb transparent informieren.

Von der schriftlichen Stellungnahme des GR zur Interpellation Lauper «Aktueller Stand zum geplanten Standplatz für Schweizer Fahrende auf Gemeindegebiet» wird Kenntnis genommen.

13. Interpellation Lauper (parteilos): Verwendung der Spezialfinanzierung «Mehrwerte» zur Förderung lokal verankerter Projekte

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichtet auf das Wort.

Renate Mäder (SVP): Auch hier bedanke ich mich im Namen von Reto für die positive Antwort. Begrüsst wird, dass die lokalen Unternehmen und Vereine künftig von Fördergeldern profitieren können. Angeregt wird eine frühzeitige Information der Akteure über konkrete Fördermöglichkeiten, damit nachhaltige, lokal verankerte Projekte umgesetzt werden können.

Von der schriftlichen Stellungnahme des GR zur Interpellation Lauper, «Verwendung der Spezialfinanzierung «Mehrwerte» zur Förderung lokal verankerter Projekte», wird Kenntnis genommen.

14. Interpellation Fankhauser (SP), Grossen (forum): «Solarstrom teilen ist attraktiv» – Zeitplan seitens BKW für die Installation der smart-Stromzähler sowie Unterstützung bei LEG

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) verzichtet auf das Wort.

Suzanne Fankhauser (SP): Wir danken für die Antwort. Allerdings muss ich gestehen, dass ich ein wenig enttäuscht bin. Und zwar, weil ich finde, einmal mehr fasst man die BKW mit Samthandschuhen an. Ich möchte auch einmal spüren, dass sich Muri-Gümligen für uns Bürgerinnen und Bürger, die von dieser BKW – ich sage es, wie ich es denke – irgendwie ausgenützt werden, einsetzt. Denn wir haben keine Chance auf einen anderen Anbieter. Wir können einfach versuchen, mit Photovoltaik auf Teufel komm raus von ihr wegzukommen. Das wird sicher gemacht – bei uns im Quartier breitflächig, zum Glück.

Das andere ist, dass die BKW nicht ins Gespräch mit uns kommt. Sie ist in ihrem wunderbaren Glaspalast in Ostermundigen – ich nenne es einmal ihr Monopolhaus. Ich habe keine Chance, mich zu wehren. Sie hat das Monopol. Der Kanton ist Haupteigner. Irgendwie ist man ausgeliefert, und ich hatte das Gefühl, es wäre jetzt der Moment, dass die Gemeinde es versucht und vorstellig wird und sagt, man möchte doch endlich konkrete Planungen von der BKW und nicht einfach hören, es kommt im Jahr 2027 oder 2028 oder wann auch immer. Das reicht einfach nicht mehr. Irgendwann muss man es konkret wissen.

Wir sprechen überall von Planungssicherheit. Hier hat niemand mehr Planungssicherheit. Das ist für mich eine Enttäuschung. Ich finde, wir sind in diesem Kanton eine wichtige Gemeinde, und die BKW müsste das ästimieren und uns auf dieser Ebene respektieren. Deshalb bin ich gerade etwas «hässig». Merci.

Der Vorsitzende: Danke, Suzanne, dass Du Deine «Hässigkeit» so nett ausdrückst.

Von der schriftlichen Stellungnahme des GR zur Interpellation Fankhauser und Grossen, ««Solarstrom teilen ist attraktiv» – Zeitplan seitens BKW für die Installation der smart-Stromzähler sowie Unterstützung bei LEG», wird Kenntnis genommen.

15. Interpellation forum: Transparenz bei der Steueranlage: Entscheidungsgrundlagen des Gemeinderats

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichtet auf das Wort.

Gaby Grossen (forum): Ich wünsche noch kurz das Wort, um auch im Namen von Manuel Sager zu später Stunde die uns vorliegenden ausführlichen Hintergrundinformationen zur Finanzplanung zu würdigen und zu danken. Insbesondere schätzen wir es, dass in Zukunft die Verwendung der massgeblichen Kennzahlen für den Finanzplan jeweils so transparent und nachvollziehbar dargelegt werden, wie hier in der Antwort auf unsere Interpellation. Denn damit steht die auf dem Finanzplan fussende politische Diskussion im Rat auf einer soliden Basis. Aber die Finanzplanung ist nicht gleichzusetzen mit der Finanzstrategie. Mit Blick auf die Finanzstrategie des GR hätten wir zukünftig gerne mehr Informationen, idealerweise bereits für das Budget 2026, das im Oktober zur Debatte stehen wird. In der Stellungnahme erwähnt der GR auf Seite 6: «Legislaturziel 1.2 [...] Die Entwicklung der Gemeinde wird mittels Schlüsselkennzahlen verfolgt (Cockpit)». Cockpit soll erstmals beim Budget 2027 und der damit einhergehenden Steuerfussfrage zur Anwendung gelangen. Schön wäre es, wenn bereits für das Budget 2026 ein Minicockpit vorliegen würde, also für uns im Parlament die längerfristigen finanzstrategischen Überlegungen des GR klarer erkennbar wären. Danke.

Von der schriftlichen Stellungnahme des GR zur Interpellation forum, «Transparenz bei der Steueranlage: Entscheidungsgrundlagen des Gemeinderats?», wird Kenntnis genommen.

16. Interpellation Müller Kearns (FDP): Zentrumsentwicklung Gümligen / Lischenmoos: Vom visionären Masterplan zum Flickenteppich?

Der Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident) verzichtet auf das Wort.

Alain Müller Kearns (FDP): Ich mache es kurz – wir sind kurz vor dem Aperitif, in fünf Minuten ist es so weit. Ich möchte an dieser Stelle dem GR und der Bauverwaltung bestens für die umfassende und offene Beantwortung der Interpellation mit verschiedenen Teilfragen danken. Offen dahingehend, dass sie auch sehr ehrlich ist. Denn sie beinhaltet Informationen zur Planung der Zentrumsentwicklung Gümligen, die in dieser Form und dieser Klarheit bisher noch nicht kommuniziert wurden, insbesondere die ungenügende Berücksichtigung respektive damals wohl falsche Einschätzung der Grundeigentumsverhältnisse für die Planung, die in verschiedenen Planungsschritten entsprechend erfolgte. In der Gesamtbetrachtung bleibt die Entwicklung des Zentrums Gümligen in diesem Fall über Jahrzehnte eine sehr anspruchsvolle Herausforderung für die ganze Gemeinde. Die attraktive Gestaltung und Aufwertung des Zentrums, wie sie im Masterplan 2022 immer noch beschrieben ist, kann so unter Umständen über die lange Zeitdauer der bestehenden Baurechte von mehreren Jahrzehnten nicht oder nur in Bruchstücken angestrebt und umgesetzt werden. Im Umkehrschluss bleibt das Risiko, dass auf diese Zeit hinaus die bestehende Gewerbezone in der aktuellen Form als – ich sage es einmal nett – wohl unattraktivste Ecke der Gemeinde ohne nennenswerte Entwicklung bestehen bleibt. Das ist leider ein etwas bedauerlicher

Zustand. Umso wichtiger ist es in diesem Zusammenhang aber, den kontinuierlichen Dialog mit allen Interessenvertretern – Grundeigentümer, Baurechtsnehmer, Kanton, RBS, SBB – mit Nachdruck aufrechtzuerhalten und nicht alle acht bis zehn Jahre nachzufragen, damit das Anliegen einer attraktiven, vielfältigen Zentrumsentwicklung präsent bleibt und dann entsprechend schrittweise in kleineren Schritten vorangetrieben werden kann. Gemeinsam sind in greifbaren Zeiträumen nachhaltige und für alle Beteiligten auch vorteilhafte und verbindliche Lösungen anzustreben und zu entwickeln. Ich nehme diesen Anspruch gerne mit in die Planungs- und Verkehrskommission (PVK), in der ich seit Anfang Jahr mitwirken darf. Besten Dank.

Von der schriftlichen Stellungnahme des GR zur Interpellation Müller Kearns, «Zentrumsentwicklung Gümligen / Lischenmoos: Vom visionären Masterplan zum Flickentepich?», wird Kenntnis genommen.

17. Informationen des Gemeinderats / der parlamentarischen Kommissionen

Der Vorsitzende: Ich kann hierzu Laura das Wort erteilen, die Christa Grubwinkler vertritt.

Laura Bircher (GR): Genau. Ich habe eine Mitteilung aus dem Ressort Bildung: Am Dienstag, 21. Oktober, findet um 18 Uhr eine Besichtigung der sanierten Räumlichkeiten der Schulanlage Seidenberg und des Turbenwegs statt. Der Treffpunkt ist beim Haupteingang der Schulanlage Seidenberg.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Erstens: Die Informationsveranstaltung zu den lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) beziehungsweise den Resultaten der Machbarkeitsstudie, die für den 16. Oktober angesagt wurde, muss leicht nach hinten verschoben werden. Wir werden bald ein neues Datum kommunizieren. Zweitens: Unsere Gemeinde ist dem Wasserverbund Bern (WVB) angeschlossen. Es ist das Primärnetz unserer Wasserversorgung. Der WVB hat mit dem neuen Wasserreservoir Mannenberg ein Generationenprojekt abgeschlossen. Vor der Inbetriebnahme dieses gigantischen Bauwerks ist es möglich, es zu besichtigen, und zwar vom 17. bis am 19. Oktober. Die Plätze sind beschränkt, eine Anmeldung ist zwingend und erfolgt über die Webseite des WVB.

Drittens: Das Projekt Audit Fernwärme haben wir ausgeschrieben. Es gingen vier Offerten ein. Gestern Abend vergab der GR auf Vorschlag der Begleitgruppe einem Anbieter den Zuschlag für das Hauptpflichtenheft. Das optionale Päckli zu den Finanzierungsmöglichkeiten vergeben wir im Moment noch nicht. Dieser Teil wird noch ergänzt und noch einmal offeriert.

Viertens zum Trampelpfad: Nach der Informationsveranstaltung, an der Regierungsrat Neuhaus eine Bauvoranfrage in den Raum warf, kamen die Petitionäre auf den GR zu und forderten, dass die Gemeinde eine solche Bauvoranfrage ausarbeitet. Mit diesem Vorgehen würde sich der GR gegen den aktuell gültigen kantonalen Wasserplan stellen, der in einem rechtsstaatlichen Verfahren mit entsprechenden Mitwirkungs- und Einsprachemöglichkeiten verabschiedet wurde. Weiter ist der GR aufgrund der eingeholten Expertisen der Meinung, dass die Bauvoranfrage rechtlich chancenlos ist. Aber wir sind uns bewusst, dass es ein wichtiges Anliegen in der Bevölkerung ist. Entsprechend möchte sich der GR einen besseren Überblick über die Mehrheitsverhältnisse bei diesem Thema verschaffen und hat beschlossen, dem Parlament in der Oktober-Sitzung die Frage zum weiteren Vorgehen in Sachen Trampelpfad zur Stellungnahme zu unterbreiten. Die Gemeinde wird morgen eine entsprechende Medienmitteilung verschicken. In dieser thematisiert der GR auch

die Frage, weshalb der Kanton und insbesondere Regierungsrat Neuhaus, der ja offenbar der Meinung ist, dass es hier einen rechtlichen Spielraum gibt, sich nicht ein kantonales Moratorium vorstellen kann. Diese Möglichkeit hat seine Vorgängerin damals beim Aareweg ja angewendet. Es wäre sicher ein schnellerer Weg als eine Bauvoranfrage, die riskiert, in vielen juristischen Schlaufen hängen zu bleiben. Bitte notiert Euch den 15. Oktober; um 18.30 Uhr findet eine Informationsveranstaltung zur rechtlichen Situation im Abschnitt Trampelpfad statt. Wo sie stattfindet, wird noch kommuniziert.

Carole Klopstein (GR): Ich habe drei Mitteilungen. Die erste ist, dass die Umgebungsgestaltung Moos nicht mehr dieses Jahr umgesetzt und realisiert werden konnte. Wir werden mit einem verkleinerten Kredit mit Kostengenauigkeit plus/minus 10 Prozent im Frühling ins Parlament kommen. Dies, damit Ihr wisst, es ist in Arbeit. Aber wir haben es nicht schneller hingekriegt. Die Umsetzung hätte eh in den Sommerferien erfolgen müssen. In diesem Kontext steht auch, dass Ihr alle auf das Sanierungskonzept der Turnhalle Moos wartet. Es wurde fertiggestellt und wird im Oktober hier ins Parlament gebracht – es ist auf dem Weg. Als drittes Thema ein kurzer Hinweis auf den Generationenspielplatz, der in aller Munde ist. Das Verfahren ist für uns insofern neu, als dass wir es noch etwas mit der politischen Meinungsbildung schärfen müssen. Aus diesem Grund hat der GR gestern, nachdem er ein Grobkonzept zur Kenntnis genommen hat, einen Projektierungskredit für eine Machbarkeitsstudie verabschiedet. In diesem Kontext werden wir auch ein Begleitgremium, in das die Fraktionen je eine Vertretung entsenden dürfen, installieren, welches die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie begleiten wird. Es geht darum, dass wir eine politisch legitimierte Vorlage haben, die möglichst breit abgestützt ist. In diesem Gremium werden ebenfalls Vertreterinnen und Vertreter aus dem Quartier wie auch aus dem Seniorinnen- und Seniorenrat und der Jugendfachstelle sitzen. Die Machbarkeitsstudie wird Euch vorgelegt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Grundlagen erarbeitet, und ab dann könnt Ihr entscheiden, ob man so starten kann, ob es noch eine Runde bracht oder ob der Generationenspielplatz grundsätzlich noch einmal in Frage gestellt wird. Merci vielmals.

Jan Köbeli (Gemeindepräsident): Nur eine ganz kurze Information: Der «Digitale Dorfplatz» wurde erfolgreich online geschaltet. Er wird aktiv genutzt und wächst jeden Tag ein bisschen. Schaut doch vorbei und erstellt ein Profil für Euch. Das wäre schön. Er läuft jetzt in einem Pilotversuch bis Herbst 2027. Dann werden wir analysieren, wie wir weiterfahren. Aber so lange ist er jetzt einmal bezahlt. Schaut vorbei, macht ein Profil und macht Euch selbst ein Bild. Merci.

Von den Informationen des GR wird Kenntnis genommen.

18. Neue parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Reich (FDP/JF): Nutzungsperspektiven im Tannental

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

Das Gebiet Tannental ist seit Längerem immer wieder Gegenstand von Diskussionen hinsichtlich seiner möglichen Nutzung. In diesem Zusammenhang interessieren sich die unterzeichnenden für den aktuellen Stand der gemeinderätlichen Überlegungen:

1. Gibt es derzeit seitens des Gemeinderates konkrete Planungen oder Überlegungen zur künftigen Nutzung des Gebiets Tannental?
2. Wird eine (allenfalls punktuelle oder etappierte) Ausscheidung einer kleinen Gewerbe- oder Mischzone in Betracht gezogen, um der lokalen Wirtschaft – insbesondere Kleinbetrieben und Start-ups – Perspektiven zu bieten?
3. Falls dies nicht der Fall ist: Welche Gründe sprechen gegen eine solche Entwicklung und welche Alternativen sind aus Sicht des Gemeinderats sinnvoll?

Ich danke im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen.

Muri bei Bern, 16. September 2025

Julien Reich

L. Held, C. Eggli, T. Balmer, U. Grütter, R. Mäder, R. Weibel, A. Scherrer, R. Buff, G. Kaczala, A. Müller Kearns, J. Schenk, S. Eugster, B. Legler, A. Althaus Stämpfli, A. Bless, M. Koelbing, G. Grossen, H. Gashi, A. Matter (20)

Mitteilungen

Der Vorsitzende: Gibt es Mitteilungen aus der Ratsmitte? Das ist nicht der Fall. Die nächste Sitzung findet am 21. Oktober 2025 statt. Bevor ich die Sitzung schliesse, möchte ich allen hier aus unserer Mitte herzlich danken, die am Parlamentsausflug teilgenommen haben. Ich hatte grosse Freude an diesem Abend und genoss es richtig. Ich hoffe, Ihr konntet auch davon profitieren, und es gab für Euch einen Mehrwert. Der Apéro wird heute von der FDP spendiert, an der Oktober-Sitzung wird das forum den Apéro spendieren. Ich danke Euch für Eure engagierten Voten, wünsche Euch viele anregende Gespräche und einen schönen Abend.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Hilmi Gashi

Corinne Schweizer